

In vollen Zügen genießen.

75 Ausgaben für 75 Euro*

www.jungewelt.de/
sommerabo oder
0 30/53 63 55-80

*endet automatisch

Heute mit **Beileger für alle jW-Genossinnen und -Genossen und solche, die es werden wollen!** **☑** Siehe auch Seite 12

Geld für Monopole

Regierung verabschiedet Gasumlage.
2 Konzerne dürfen hohe Preise an Verbraucher weiterreichen

Große Erwartungen

Erstmals übernimmt mit Gustavo Petro ein linker Politiker das Präsidentenamt in Kolumbien
3

Angst vor Streiks

Lufthansa stimmt Inflationsausgleich für Beschäftigte zu. Siehe auch Kommentar Seite 6
5

Einseitiger Blick

Ukraine-Krieg und die russische Linke: Anmerkungen zu Äußerungen des Soziologen Boris Kagarlizki
8

Die Opfer mahnen

77. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima: Bundesweit mehr als 100 Friedensveranstaltungen. UN-Generalsekretär warnt vor Vernichtung der Menschheit.

Von Arnold Schölzel



Abrüsten, jetzt! Die Feuer von Hiroshima und Nagasaki sind unvergessen (Friedensmuseum Hiroshima)

An diesem Sonnabend jährt sich der US-Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima zum 77. Mal. Drei Tage später, am 9. August 1945, zerstörten die USA mit einer weiteren Atombombe Nagasaki. Etwa 92.000 Menschen starben sofort, 130.000 weitere bis Ende 1945. Gesundheitliche Spätfolgen werden bis heute registriert.

Bundesweit finden insgesamt mehr als 100 Veranstaltungen der Friedensbewegung statt, darunter die traditionelle an der von Japan der DDR geschenkten Weltfriedensglocke im Berliner Volkspark Friedrichshain. Das Netzwerk Friedenskooperative in Bonn rief am Freitag die Bundesregierung auf, konsequent gegen die anhaltende atomare Bedrohung vorzugehen, die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen abziehen zu lassen und dem Atomwaffenverbotsschnellstmöglich beizutreten. Weltweit gibt es

noch immer rund 13.000 Atomwaffen, darunter etwa 1.800, die in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden.

Die Gedenktage fallen in diesem Jahr in den Zeitraum der 10. Überprüfungs-konferenz des 1970 unterzeichneten Nichtverbreitungsvertrags für Atomwaffen (NVV) bei den Vereinten Nationen in New York. Sie findet vom 1. bis 26. August statt, nachdem sie wegen der Pandemie 2020 und 2021 verschoben werden musste. Die bundesweite Kampagne »Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt!« nahm die Konferenz zum Anlass, um von der Bundesregierung die Beendigung der »nuklearen Teilhabe« zu fordern. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bekennen sich im Koalitionsvertrag zu ihr, obwohl sich Teile der SPD und der Grünen im Bundestagswahlkampf 2021 gegen sie ausgesprochen hatten. Die »nukleare Teilhabe«, für die etwa 20 US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel

gelagert werden, verletzt den NVV. Durch den Beitritt zu ihm verzichtete die Bundesrepublik auf Atomwaffen, übernimmt diese aber durch die »nukleare Teilhabe« mittelbar – im Kriegsfall unmittelbar. In den kommenden Jahren sollen die in Büchel gelagerten Atomwaffen gegen neue, »einsetzbare« Atombomben (B61-12) ausgetauscht werden. Dafür hat Berlin den Kauf von F-35-Kampffjets, die US-Atombomben tragen können, beschlossen.

UN-Generalsekretär António Guterres hatte am Montag die Überprüfungs-konferenz mit einer dramatischen Warnung eingeleitet. Er erklärte, die Welt befinde sich in einer »Zeit nuklearer Gefahr, wie es sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat«. Die Menschheit laufe »Gefahr, die Lehren zu vergessen, die in den schrecklichen Feuern von Hiroshima und Nagasaki geschmiedet wurden«. Die Welt sei »nur ein Missverständnis

oder eine Fehlkalkulation von der nuklearen Vernichtung entfernt«. Bei Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und ihrem US-Amtskollegen Antony Blinken stieß er mit seinem Appell auf taube Ohren. Sie nutzten ihre Auftritte zu Hetze gegen Russland, dem sie »gefährliches nukleares Säbelrasseln« vorwarfen. Baerbock behauptete: »Der brutale Angriffskrieg Russlands macht deutlich, dass Nuklearwaffen leider eine bittere Realität sind.« Und erklärte: »Der Einsatz für nukleare Nichtverbreitung und nukleare Abschreckung sind in diesen Zeiten kein Widerspruch.«

Russlands Präsident Wladimir Putin bekräftigte wie schon mehrfach in diesem Jahr in einem Grußwort an die NVV-Konferenz: »Wir gehen davon aus, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger geben kann und er niemals begonnen werden darf.« Russland werde seine Verpflichtungen als NVV-Gründungsmitglied erfüllen.

China zieht Konsequenzen

Nach Taiwan-Besuch von Pelosi: Beijing verhängt Sanktionen und setzt Kooperationen mit USA aus

Aus Protest gegen den Besuch der Sprecherin des US-Representantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan hat Beijing eine Reihe von Kooperationen mit den USA ausgesetzt. Wie das Außenministerium am Freitag in der chinesischen Hauptstadt mitteilte, werden drei Dialogforen zu Militär- und Verteidigungsfragen gestrichen. Ausgesetzt werden zudem u. a. die Zusammenarbeit in der Drogenbekämpfung, bei grenzüberschreitenden Verbrechen sowie beim Klimaschutz, berichtete dpa.

Indem Pelosi nach Taiwan gereist sei, habe sie sich »ernsthaft in innere Angelegenheiten Chinas eingemischt«, weswegen sie mit nicht näher beschriebenen Sanktionen belegt werde. Auch habe sie Chinas Souveränität und territoriale Integrität untergraben und den Ein-China-Grundsatz »schwer mit Füßen getreten«. Es war der hochrangigste US-Besuch in Taiwan seit 25 Jahren. Als Reaktion ließ Beijing bereits am Donnerstag die bislang größten Militärmanöver in den Gewässern vor Taiwan anlaufen.

US-Außenminister Antony Blinken warf China am Freitag vor, mit Militärübungen den Status quo in der Meerenge der Taiwanstraße ändern zu wollen. Bei dem Treffen der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN im kambodschanischen Phnom Penh sagte Blinken, es gebe keine Rechtfertigung für die militärische Reaktion auf den »friedvollen Besuch« der Vorsitzenden des US-Representantenhauses. Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen bezeichnete die Manöver als »unverantwortlich«.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow stellte sich erneut klar hinter

die Position Beijings. Zudem betonte er am Freitag beim ASEAN-Ministertreffen der Agentur Interfax zufolge, die »strategische Partnerschaft« zwischen Russland und China sei »einer der Stützpfiler der Bewegung für den Triumph des Völkerrechts«. Die UN-Charta gewähre allen Staaten gleichberechtigt Souveränität, die USA indes verstießen ständig gegen diesen Grundsatz. »Wir beteiligen uns zusammen mit der Chinesischen Volksrepublik an der kürzlich geschaffenen Gruppe der Freunde zum Schutz der UN-Charta«, erklärte Lawrow weiter. **Emre Şahin**

KUNST EDITION junge Welt

Heute in *junge Welt*: Teil 10 der *jW*-Kunstedition mit einer Grafik von Erik Seidel ■ Siehe Seite 14

Putin trifft Erdogan in Sotschi

Sotschi. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan sind am Freitag erneut zu einem Austausch unter anderem über den Krieg in der Ukraine zusammengekommen. Putin dankte Erdogan in einem Statement vor den Gesprächen für dessen Vermittlung im Konflikt um Getreideexporte aus der Ukraine über das Schwarze Meer sowie bei einer »Paketlösung über die störungsfreie Lieferung russischer Lebens- und Düngemittel auf die Weltmärkte«, die mit der UNO vereinbart wurde. Am Freitag morgen liefen drei weitere Getreidefrachter aus ukrainischen Häfen aus. Erdogan sagte vor dem Treffen, man werde auch über die Situation in Syrien sprechen. Die Türkei kündigt seit Wochen eine neue Offensive im Norden des Landes an. Russland ebenso wie der Iran hatten Ankara bisher vor einem solchen Schritt gewarnt. (dpa/jW)

Bundeswehr wechselt Camps in Mali

Berlin. Die Bundeswehr hat in Mali rund 60 Soldatinnen und Soldaten von einem Logistikhub am Flughafen der Hauptstadt Bamako abgezogen. Sie kam damit einer Aufforderung der militärischen Übergangsregierung des westafrikanischen Landes nach. Am Donnerstagabend habe die Truppe das Camp Senou auf dem Gelände der Firma Sahel Aviation Services (SAS) verlassen, wie das Einsatzführungskommando am Freitag per Twitter mitteilte. »Die Soldatinnen und Soldaten wurden in das UN-Camp Bifrost am Flughafen Bamako verlegt.« Die weitere Nutzung des Camps Senou durch die Bundeswehr sei »Gegenstand laufender Abstimmungen auf unterschiedlichen Ebenen«. Die malischen Behörden hatten Anfang der Woche angewiesen, dass alle ausländischen Soldaten innerhalb von 72 Stunden das Betriebsgelände von SAS auf dem Flughafenareal verlassen müssten. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.651 Genossinnen und Genossen (Stand 1.8.2022)
www.jungewelt.de/lpg

